

Wählen gehen für ein demokratisches, ökologisches und soziales Europa

Der BUND sieht sich mit der gesamten Umweltbewegung und mit den Bewegungen der sozial-ökologischen Transformation mit einem heftigen Rückschritt deutscher, europäischer und internationaler Politik konfrontiert sowie nahen und fernen Kriegen, einer Zunahme autoritärer Regime und Zunahme von Rassismus, einem Ruck nach rechts in Deutschland und weltweit, sowie der Zunahme von Konflikten und autoritären Regimen. In diesem Rahmen findet auch ein roll-back der deutschen Umweltpolitik statt. Daneben verblasen die wenigen Fortschritte, die es im Umwelt- und Naturschutz gibt.

Ein Hebel, um wieder in die Offensive zu kommen, um die Diskussion wieder auf die wichtigen Fragen von Verlust der Biodiversität, Klimakatastrophe, Vermüllung und Ressourcenschwund zu lenken, und um ein entscheidendes Gremium positiv zu besetzen, ist die 2024 anstehende Wahl des Europäischen Parlaments.

Umweltpolitik ist europäisch, 80 Prozent der entsprechenden Gesetze in Deutschland haben ihren Ursprung in Brüssel. Ohne die Europäische Union gäbe es weniger Naturschutzgebiete, weniger Gewässerschutz, mehr gefährliche Chemikalien in der Umwelt und kein Verbrenner-Aus.

In der vergangenen Legislaturperiode hat der European Green Deal wichtige, z.T. wegweisende Impulse für Umwelt und Gesundheit gesetzt. Diese waren nur möglich, weil es einen großen zivilgesellschaftlichen Druck gab – und ausreichende Stimmanteile von sozial und ökologisch orientierten Abgeordneten im Europäischen Parlament. Für eine ökologische und sozial gerechte Transformation der EU, die gegen die Biodiversitäts-, Klima- und Ressourcenkrise gleichermaßen angeht, müssen diesen richtigen und wichtigen Schritten aber weitere folgen. Dazu zählen eine sozial gerechte und konsequente Senkung des Ressourcenverbrauchs, aber auch die Umsetzung der bereits beschlossenen Maßnahmen durch EU-Mitgliedsstaaten – auch Deutschland ist da bisher kein Vorbild.

Seit der letzten Europawahl 2019 hat sich die Welt dramatisch verändert. Sowohl die Corona-Pandemie als auch die Folgen des Angriffskriegs gegen die Ukraine und der Reaktionen der EU (Mangellage, Inflation) haben die politische Lage und Stimmung tiefgreifend verändert. Zum einen werden von rechtskonservativen Kräften und fossilen Lobbygruppen bewusst Feindbilder und Desinformation gestreut und somit Umwelt- und Naturschutz verhindert, wie jüngst bei der Pestizidregulierung. Zum anderen propagieren sie Scheinlösungen, die z.T. mit erheblichen Umweltrisiken verbunden sind (u.a. CCS, neue Gentechnik, E-Fuels).

Diese verfangen immer stärker in der Breite der Gesellschaft und erschweren und verzögern so ökologisch notwendige Gesetzgebung. Gerade in Zeiten vielfacher Herausforderungen ist es wichtig, Lösungen zu finden, die die Umwelt entlasten – ohne soziale Härten zu verursachen und wirtschaftliche Existenzen zu gefährden, ohne die einen Betroffenen gegen die anderen auszuspielen. Politik muss heute handeln, um die Probleme von morgen und übermorgen zu lösen, also mit Weitblick für die relevanten politischen Weichenstellungen.

Dazu brauchen wir im Europäischen Parlament eine politische Mehrheit, die eine zukunftsfähige Politik gestalten und unterstützen will. Für einen solchen Ausgang der EU-Wahl ist es von herausragender Bedeutung, dass die Wahlbeteiligung in Deutschland hoch und die Unterstützung sozial-ökologisch engagierter Kandidat*innen stark ist. Der EU-weite Wahlausgang und die daraus folgenden Mehrheitsverhältnisse können an wenigen Prozentpunkten und damit an den Stimmen aus Deutschland hängen. Wir wollen eine Blockade der sozial-ökologischen Wende verhindern. Wir wollen dazu beitragen, dass es politische

Mehrheiten gibt, die den realen Gefährdungen durch Klimawandel, Biodiversitätskrise, soziale Ungerechtigkeit und Krieg eine Politik der Zukunftsfähigkeit entgegensetzt.

Deswegen werden wir durch gezielte Aktionen und Kommunikationen sowohl vom Bundesverband wie von den Landesverbänden die Dringlichkeit einer zukunftsfähigen Politik, und was das beinhaltet, darstellen, und an alle Wahlberechtigten appellieren: Geht zur Wahl! Wählt diejenigen, die sich glaubhaft für Umwelt- und Naturschutz einsetzen! Jede Stimme zählt.

Bei dieser EU-Wahl dürfen in Deutschland als absolutes Novum hierzulande erstmals auch junge Menschen ab 16 Jahren wählen. Um Jugendliche an die Urne zu bewegen und sich gemeinsam mit diesen für eine sozial-ökologische Zukunft für aktuelle und zukünftige Generationen einzusetzen, müssen auch ihre Interessen und Bedürfnisse berücksichtigt werden. Dafür braucht es eine weitsichtige Ausrichtung der Politik in Brüssel!

Ein sozial-ökologische Zukunftsagenda für die Europäische Union

Eine fortschrittliche Europäische Union ist eine große Chance für den Umwelt- und Naturschutz. Dazu muss die EU jedoch bis zur Mitte des Jahrhunderts den Weg zu einer vollständigen sozial-ökologischen Transformation aufzeigen. Der bestehende Green Deal darf deshalb keine historische Ausnahme bleiben, alle Institutionen der EU müssen diesen weiterentwickeln und konsequent umsetzen. Der BUND fordert deshalb einen European Green Deal beyond Growth, der ernst nimmt, dass eine vollständige Entkopplung des Ressourcenverbrauchs und Wirtschaftswachstum nicht realistisch ist und hierzu Lösungen entwickelt. Die europäischen Institutionen müssen dazu prioritär sozial gerechte Verbrauchsgrenzen für Ressourcen innerhalb der EU als ersten Baustein für eine Wirtschaft jenseits von umweltschädlichem Wachstum setzen.

In diesem Rahmen muss die EU den Verlust der Biodiversität umkehren und dafür sorgen, dass wir im Einklang mit der Natur leben und wirtschaften. Dazu gehört auch eine europäische Klimapolitik, welche die EU konsequent bis zur Mitte des Jahrhunderts dekarbonisiert und dabei niemanden zurücklässt. Die EU muss außerdem für eine giffreie Umwelt sorgen. Nur durch eine Senkung des Ressourcenverbrauchs können die negativen Auswirkungen aus Produktion und Konsum in der Welt abgestellt werden. Klima- und Umweltgerechtigkeit, Ernährungssouveränität, lebendige Naturräume sind weltweit nur mit einer Transformation der Wirtschaft und der Gesellschaft der EU erreichbar.

Für eine fortschrittliche und umweltgerechte Europäischen Union fordert der BUND in der nächsten Legislatur folgenden Ziele umzusetzen:

Ein Europa im Einklang mit der Natur: Durch die Umsetzung bestehenden Rechts wird der Zustand der Natur erheblich verbessert. Die EU-Kommission nimmt ihre Rolle als Hüterin der Verträge ernst und sorgt für die vollständige Umsetzung. Sie zeigt dabei eine „Null-Toleranz“-Strategie gegenüber säumigen Mitgliedstaaten. Eine auskömmliche Naturschutzfinanzierung, z.B. über einen eigenständigen EU-Fonds zur „Rettung der Natur“ trägt dazu bei.

Eine faire und nachhaltige Landwirtschafts- und Ernährungspolitik: Die gemeinsame Agrarpolitik richtet sich vollständig am Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ aus. Die EU stellt die Weichen für einen Weg aus der industriellen Massentierhaltung und eine drastische Reduktion von Pestiziden. Die Regulierung der Agrotechnik wird erhalten, um

Transparenz und Wahlfreiheit für Verbraucher*innen zu sichern und Umweltrisiken zu stoppen.

Ein ressourcenleichtes Leben und eine giffreie Umwelt: Die EU schafft über eine ambitionierte Suffizienzpolitik die Voraussetzung für ein ressourcenleichtes Leben. Die Sicherung der Rohstoffversorgung wird endlich auch über die Reduzierung des Verbrauchs angegangen. Ein europäisches Ressourcenschutzgesetz wird verabschiedet. Das Chemikalienrecht wird endlich reformiert und die Ewigkeitschemikalien PFAS werden verboten.

Eine schnelle und faire Emissionsreduktion: Die bisherigen Klimaziele werden an das 1.5°-Ziels angepasst, so dass die EU bis 2040 klimaneutral ist. Das bedeutet auch ein Ende aller fossiler Energien bis 2040 und eine konsequente Abschöpfung fossiler Übergewinne. Gleichzeitig wird ein sozialer Ausgleich finanziert. Neue Umweltrisiken durch Scheinlösungen wie CCS werden gestoppt.

Atomausstieg in Europa: Ziel ist es auch, in ganz Europa den Ausstieg aus der Atomenergie und ein Atomwaffenverbot zu erreichen.

Eine klima-, umwelt-, gesundheits- und sozialverträgliche Mobilität: Eine EU, in der die Angebote der Bahn einschließlich von Nachtzügen ausgebaut werden, erlaubt mehr Menschen eine klimafreundliche Mobilität. Wenn gleichzeitig die Schadstoff- und Lärmgrenzwerte für Pkw, Lkw und Motorräder verschärft werden und fossil betriebener Fahrzeuge früher verboten werden und umweltschädliche Subventionen für Flüge abgeschafft werden, wird die Mobilitätswende schneller gelingen. Der notwendige Umbau von Schienen- und Energienetze und der Energieproduktion erfolgt naturverträglich.

Eine sozial-ökologische Wirtschaft für Europa und die Welt: Die europäischen Institutionen streben eine sozial-ökologische Wirtschaft für Europa und die Welt an. Bereits laufende Initiativen wie das europäische Lieferkettengesetz werden darum ambitioniert umgesetzt und es gibt hier eine Umsetzungspflicht für die Klimapläne von Unternehmen. Umwelt- und klimaschädliche Handels- und Investitionsabkommen wie das EU-Mercosur-Abkommen werden nicht länger abgeschlossen und die EU stellt sich endlich hinter ein internationales Abkommen zur Einhaltung von Umweltstandards und Menschenrechte durch globale Unternehmen.

Ein demokratisches, transparentes und gerechtes Europa: Gesetzesverfahren erfolgen offen, partizipativ und faktenbasiert. Der Einfluss von Lobbygruppen im Verfahren wird noch konsequenter offengelegt.

Europa muss als historischer Hauptemittent Verantwortung für die Menschen übernehmen, die aufgrund von Klima- und Umweltveränderungen ihre Heimat verlassen müssen. Mit einer ambitionierten Klima- und Ressourcenpolitik tragen die europäischen Länder dazu bei, Fluchtursachen zu reduzieren und ein würdevolles Leben weltweit zu ermöglichen.